

19. NOVEMBER 2020 | ONLINE KONFERENZ | EINLADUNG

Die Europäische Staatsanwaltschaft: Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern

Veranstaltet durch das Deutsche Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit Unterstützung der Europäischen Kommission

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir laden Sie herzlich ein, am **19. November 2020 von 10:00 bis 16:30 Uhr** an der **Online-Konferenz** zum Thema „**Die Europäische Staatsanwaltschaft – Zusammenarbeit mit ihren europäischen Partnern**“ teilzunehmen. Die Konferenz wird vom Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft ausgerichtet und von der Europäischen Kommission unterstützt.

Ziel der Konferenz ist, der Europäischen Staatsanwaltschaft (EuStA) Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen und für eine effektive Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden und anderen Partnern der EuStA zu werben. Im Rahmen von drei Podiumsdiskussionen werden Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten, der EUStA und der EU-Organe und -Agenturen mögliche Herausforderungen und Lösungen im Hinblick auf eine konstruktive Zusammenarbeit erörtern. Anbei finden Sie einen Programmentwurf.

Ursprünglich wurde die Fachkonferenz als Präsenzveranstaltung in der Europäischen Rechtsakademie in Trier (ERA) geplant. Aufgrund der aktuellen Pandemielage haben wir uns dazu entschlossen, die Fachkonferenz am 19. November 2020 virtuell durchzuführen. Daher werden auch alle Redner und Mitglieder der Panel-Diskussionen online zu der Konferenz zugeschaltet. Die Konferenz findet mittels Simultanübersetzung in deutscher, englischer und französischer Sprache statt.

Wir laden Sie ein, der Konferenz via Livestream über eine eigens für die Konferenz eingerichtete Webseite zu folgen. Nach der Akkreditierung erhalten die Teilnehmer ein Passwort, das einige Tage vor der Konferenz versendet wird.

Bitte melden Sie sich bis zum **11. November 2020** hier an:

[Zur Anmeldung >](#)

Mit freundlichen Grüßen
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz



This conference was funded by
the European Union's
Justice Programme (2014-2020)